



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Übergang von Schule zu Beruf neu gestalten – kein Abschluss ohne Anschluss

Der Landtag wolle beschließen:

Das duale System hat sich bewährt und hat weiterhin erste Priorität in der Ausbildung. Möglichst viele Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Ausbildung in einem Betrieb zu absolvieren.

Der Landtag hält jedoch eine Neukonzeption des Übergangs von der Schule zum Beruf für notwendig, um die unterschiedlichen berufsvorbereitenden Maßnahmen in ein transparentes, aufeinander abgestimmtes, anerkannt qualifizierendes System der beruflichen Bildung umzuwandeln, in dem jeder Mensch das Recht auf einen Ausbildungsplatz hat und ggf. Förderung erhält, um eine Ausbildung erfolgreich zu beenden.

Dafür gelten folgende Eckpunkte:

- Umwandlung der verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen in überbetriebliche Ausbildungen oder in praktische Qualifizierungen, die bei einer späteren schulischen oder dualen Ausbildung anerkannt werden

- Umwandlung der einjährigen Berufsfachschule Typ I in ein Berufsqualifizierungsjahr als erstem Ausbildungsjahr, mit dem Anspruch einer verbindlichen Anrechnung auf die Ausbildungsdauer
- nach dem Berufsqualifizierungsjahr Übergang in die duale Ausbildung oder Weiterführung der Ausbildung als überbetriebliche Ausbildung
- Ausbau der Produktionsschulen für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche mit Übergangsmöglichkeiten ins duale System
- Intensivierung der Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen. Ziel soll es sein, Jugendliche in ihren Interessen und Stärken zu unterstützen, auch um ihnen eine breit gefächerte Berufswahl zu ermöglichen. Dazu gehört auch das Heranführen der weiblichen Jugendlichen an technische Berufe und das der männlichen Jugendlichen an Berufe im sozialen Bereich.

Begründung:

Die Debatte zur Bildungspolitik beschränkt sich in der breiten Öffentlichkeit vorwiegend auf den allgemeinbildenden und vorschulischen Bereich. Schon lange zeigen sich aber auch Defizite beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Bereich der beruflichen Bildung.

Da es im Übergangsbereich Schule-Beruf kein Gesamtkonzept gibt, hat sich in den letzten Jahren ein unübersichtlicher Dschungel von unterschiedlichen zeitlich befristeten berufsvorbereitenden Maßnahmen entwickelt, die oft als Warteschleifen empfunden werden, weil sie nicht anerkannt qualifizieren und oft nicht in Ausbildungen münden.

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, kein Talent zu verschenken und möglichst alle Jugendlichen in eine Ausbildung zu bringen.

Hamburg hat begonnen, den oben vorgeschlagenen Weg zu gehen – mit gutem Erfolg.

Für die Umsetzung des Konzeptes ist es wichtig, dass die Kammern das Berufsqualifizierungsjahr und die schulischen Ausbildungen anerkennen. Da ihnen eine ausreichende Anzahl von ausgebildeten Fachkräften ein wichtiges Anliegen ist, sehen wir die Bereitschaft der Kammern für eine Anerkennung wachsen.

Ines Strehlau
und Fraktion